

Ergebnis
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich 30 Groschen
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsbücher 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Groschen
in deutscher Währung 5 R.M.
ausgeschließlich Postgebühren
Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200283 in Posen.Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher
einen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Abzuführung des Bezugspreises.

mit illustrierter Beilage 30 Gr.

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Zeitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigeteil 15 GroschenAnzeigeteil 15 Groschen
für die Millimeterzeile im Reklameteil 45 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Reklamezeitzeile (90 mm breit) 135 gr.

BARUSIN
DIE
DAUERHAFTE
DACHEINDECKUNG
OSKAR BECKER
POZNAN
SW. MARCIN 59.

Politik und Optanten.

Polens Staatschiff schwankt seit einiger Zeit, ja einige behaupten, daß das Schiff ein erhebliches Leck habe, das wohl kaum mehr gestopft werden könne. Wenn man, in dem Vergleich bleibend, den Ministerpräsidenten als den Kapitän, die Minister als die Steuerleute und die Parteien, insbesondere ihre gewählten Vertreter im Sejm, als die Matrosen des Staatschiffes ansieht und ihr Verhalten mit dem vergleicht, das man von einer ordentlichen Besatzung erwartet, so entrollt sich vor uns ein Bild nicht gerade geschickter Schiffsleitung. Man braucht nicht die auffahnerregende Rede des Abgeordneten Byrl, die er vor einigen Tagen zum Exposé des Herrn Ministerpräsidenten gehalten hat, gelesen haben oder sie sich zu eignen zu machen, um zu wissen, daß die Matrosen des polnischen Staatschiffes alles andere tun, als sich der ihr anvertrauten Führung und der Bedienung des Schiffes zu widmen. Statt Hand in Hand zu arbeiten und — besonders jetzt in Zeiten erhöhter Gefahr — alle Kräfte der Rettung des bedrohten Vaterlandes zu widmen, arbeitet jeder für sich und jeder gegen den anderen; statt straffe Disziplin wenigstens so lange zu wahren, als die Stürme das Staatschiff hinz und herwerfen und das Finanz-Leck nicht gestopft ist, herrscht das alte „Nie pozwalam!“, jeder redet in die Führung der Politik hinein, ob er etwas davon versteht oder nicht. Wehe den Passagieren!

Polen war ein geliebtes Kind der Weltmächte, weil die Angst vor dem Bolschewismus sie darauf sehen ließ, Polen als Ecke seines Europa's zu betrachten. Dieses Interesse der Weltmächte an Polen besteht zweifellos noch heute. Je mehr jedoch die europäischen Verhältnisse sich konsolidieren, je mehr Russland anfängt, seinerseits sich zu stabilisieren, schwindet aber die Furcht vor dem Bolschewismus.

Von einem „Liebling“ der Weltmächte hat unsere vorhergehende glorreiche Politik der Rechtsparteien uns allmählich zu einem „ensant terrible“ der europäischen Familie gemacht, deren Beratungen in Genf stets zu einem großen Teil mit Klagen über Polen angefüllt sind. Unserem jegigen Außenminister, Herrn Skrzynski, einem der wenigen Fachminister, die wir haben, ist anscheinend die Stimmung, die gegen Polen in der Welt und insbesondere in Europa herrscht, nicht fremd geblieben. Er hat deshalb eingesehen, daß Polen seinerseits, will es Hilfe von anderen Mächten erwarten, etwas tun müsse, um seinen loyalen Friedenswillen, den wir nicht anzweifeln wollen, zu beweisen. Die Einstellung der Optantenausweisungen schien Herrn Skrzynski anscheinend das Geeignete, um den geforderten Beweis zu erbringen. Aber kaum ist die Kunde davon in das Land gedrungen, kaum hat diese Einstellung ihre ersten günstigen internationalen Wirkungen gezeigt, als der alte Kampf aller gegen alle sich dieses neuen Streitkurses bemächtigte und von Seiten der „Unentwegten“ der Staatsleitung ein „Nie pozwalam!“ entgegenscholl. Der Aufer im Streit ist, wie bei allen diesen Dingen, der „Kurjer Poznański“ in Posen, dessen einseitig deutschfeindliche Tendenz ja genugsam bekannt ist. Deputationen — nicht etwa der Optanten, sondern aller möglicher Vereine und Gruppen, die vorgeben, im Interesse des Staatswohls zu handeln — haben sich zu Herrn Grabowski und den beiden hauptbeteiligten Ministern des Neuzern und des Innern beigegeben, um diesen ihr „ich verbiete!“ ins Gesicht zu sagen. Die Regierung hat, unter dem Druck der Drohungen, nach ihrem alten Prinzip, jedem der vorspricht, Recht zu geben, um ihn zu beschwichtigen, vor diesen Deputationen erklärt, daß die Ausweisung der Optanten nur für vorübergehende Zeit aufgeschoben werden sei, um Polens schwierige Lage dadurch etwas günstiger zu gestalten, um bei der bevorstehenden Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ein günstiges Pfand in die Wagschale werfen zu können und dadurch angemessene wirtschaftliche Kompensationen von Deutschland erreichen zu können.

Die Regierung scheint nicht zu wissen, wie die Zahlenverhältnisse der Optanten in Deutschland und Polen sich gegenseitig verhalten. Schon vor der Ausweisung der Optanten im August spielten die Zahlenverhältnisse der Optanten bei den Debatten im Sejm die ausschlaggebende Rolle. Das Interesse Polens, die Optanten auszuweisen, wurde hauptsächlich damit begründet, daß durch den Weggang von Zehntausenden deutscher Optanten hier eine Menge Arbeitsgelegenheit frei werden würde, und daß von Deutschland nur wenige polnische Optanten zu erwarten seien, also die Optantenausweisung ein wirtschaftlich glänzendes Geschäft sei. Wie sieht nun die Wirklichkeit aus? Über 20 000 deutsche Optanten haben Polen verlassen, ungefähr 3000 polnische Optanten sind bisher zurückgekehrt. Aber haben diese 3000 Arbeit gefunden bei der Arbeitslosigkeit, die jetzt herrscht? Sind sie spielend in den 20 000 von den Deutschen aufgegebenen Stellen untergekommen? Wir glauben es kaum! Denn man sieht diese Optanten täglich mehr oder weniger in Stellung suchen gehen, man hört täglich aus der Provinz Klagen von diesen polnischen Optanten, die Polen Vorwürfe machen. Die polnischen Amtsstellen werden täglich von den Optanten aufgesucht. Eine Gruppe von polnischen Optanten will sich, so

Eine sehr gefährliche Situation.

Die Sanierungsgesetze. — Um den Ministerpräsidenten. — Opposition der „Piasten“. —
Unleihverhandlungen und kein Ende.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 5. November. In der gestrigen Sitzung der vereinigten Finanz- und Budgetkommission kam es zu einem außerordentlich lebhaften Zwischenfall. Es standen die Sanierungsgesetze zur Behandlung, und Grabowski erklärte in den einleitenden Worten, daß die drei Sanierungsgesetze ein Ganzes bilden, worauf der Abg. Byrla von der Piastpartei das Wort ergriff. Er stellte den Antrag, die weitere Befreiung der Sanierungsgesetze zu vertagen und zunächst einmal die Sanierungsgesetze näher zu prüfen. Seine Partei habe kein Vertrauen zu der gegenwärtigen Regierung und könne deshalb ihr auch keinerlei Vollmachten anvertrauen, insbesondere solche Vollmachten, die zum Abschluß einer auswärtigen Anleihe nötig seien. Denn die bisherigen Anleihen scheinen von der Regierung schlecht verwandt worden zu sein, und vor allen Dingen sei die leichte Kreditanleihe zu Interventionszwecken ein Dreck. (In Wirklichkeit sagt er eine räudige Anleihe.) Grabowski war beleidigt und erklärte, daß er den Saal der Verhandlungen verlässe, wenn Byrla nicht sofort den Ausdruck zurückziehe. Der Vorsitzende der Kommission, der Abg. Szczekowski, machte dem Abg. Byrla ebenfalls klar, daß der Ausdruck Dreck nicht als parlamentarisch sei, und daß er derartige Ausdrücke als Blödsinn nicht zulassen könne. In diesem Augenblick stand Ministerpräsident Grabowski auf und verließ den Sitzungssaal. Hinterher gab auch der Abg. Byrla eine Erklärung ab. Er sagte, er sei ganz gern bereit, in Zukunft derartige Ausdrücke nicht mehr zu gebrauchen, aber was er einmal gesagt habe, das ziehe er doch nicht mehr zurück. Er habe ganz recht gehabt mit seinem Ausdruck, denn die Interventionsanleihe sei abgeschlossen worden mit Vermittlern ganz ungewöhnlicher Art. Die Regierung selbst schämte sich dieser Anleihe, und deshalb gebe sie auch nicht die Bedingungen an, auf Grund welcher sie abgeschlossen worden sei.

Nun wurde zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Byrlas, die weiteren Verhandlungen zu vertagen, wurde nicht angenommen und im Gegenteil Artikel des Sanierungsgesetzes, der von der Schaffung einer Anleihe in der Höhe von 600 Millionen und der hierfür nötigen Verpflichtung von Monopolen handelt, angenommen. Auch die weiteren Artikel fanden fast vollständige Annahme. Zur Artikel 6 wurde ein Antrag des Abg. Wierzbicki angenommen, wonach den Banken zu erteilte Kredit in Höhe von 100 Millionen angenommen werden soll. Der Antrag des sozialistischen Abgeordneten Hauser wurde ebenfalls zurückgewiesen. Hauser hatte beantragt, daß alle Privatpersonen und die Kirchen ihren Besitz an Gold und Juwelen dem Staat abzuliefern hätten. Ferner wurde ein Antrag des Abg. Byrla angenommen, der die Regierung auffordert, innerhalb 14 Tagen die Satzung des Landeswirtschaftsfonds vorzulegen. Schließlich wurde das gesamte Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Grabowski hatte sich, nachdem er die Sitzung verlassen hatte, ins Finanzministerium begeben und auch dort mit seinen Direktoren eine Sitzung abgehalten. Wie berichtet wird, ist Grabowski entschlossen, den weiteren Sitzungen der Budget- und Finanzkommission fernzubleiben. Auch die Piastpartei hielt eine Sitzung ab, und zwar zunächst eine Sitzung des Vorstandes unter Vorsitz von Witold, in der über die Vorgänge innerhalb der Sejm-Kommission berichtet und die Haltung der Partei bei der Behandlung der Sanierungsgesetze im Sejm festgelegt wurde. Die Piastpartei hatte bekanntlich den Antrag gestellt, den Sejm aufzulösen. Die Piastpartei beschloß, eine Auflösung des Sejm erst dann zuzulassen, wenn innerhalb der Wahlgesetze zuvor die nötigen Änderungen vorgenommen

verlaufen ein Gerücht, mit einer Beschwerde an den Völkerbund (1) wenden, einer Beschwerde über ihr eigenes Vaterland.

Trotz dieser Tatsache geht das Geschrei der chauvinistischen Presse weiter, und auch verschiedene Sejm-Abgeordnete blasen in dasselbe Horn, wenn sie sich in Deputationen als Vollstrecker des Volkswillens zum Ministerpräsidenten begeben. Nur 100 polnische Optantensfamilien sollen angeblich noch in Deutschland sein, und die bis jetzt noch nicht in Erscheinung getretene wirtschaftliche Entspannung soll durch die Ausweisung des Restes der deutschen Optanten eintreten. Die deutsche Regierung hat vor einigen Tagen durch Wolffs Telegraphenbüro bei der Bekanntgabe der Einstellung der Optantenausweisung auch deutscherseits kundgetan, daß noch mehrere Tausende polnische Optanten sich in Deutschland befinden. Die genauen Zahlen sind leider von der deutschen Regierung nicht verbreitet worden. Sie sind jedoch bekannt aus älteren Meldungen über die Zahl der polnischen Optanten in Deutschland. Die nach Artikel 11 des Wiener Vertrages von der polnischen Regierung zu überreichenden Listen der polnischen Optanten in Deutschland enthalten insgesamt ungefähr 13 500 Personen. Von diesen entfällt der weitauß größte Teil auf die erste Optantennrate, die im August d. J. Deutschland hätte verlassen müssen, und nur ein geringer Teil von vielleicht 1000—1500 Personen auf die 2. und 3. Rate. Von der 1. Rate sind jedoch, wie bereits gesagt, nur etwa 3000 Personen bisher nach Polen zurückgekehrt, und zwar deshalb, weil die polnische Regierung in ihren Listen die Adressen derjenigen Personen, die optiert haben, entgegen der in dem Wiener Vertrag übernommenen Verpflichtungen der deutschen Regierung nicht angegeben hat. Inzwischen sind diese Optanten jedoch durch die deutschen Polizeibehörden festgestellt worden und haben die Aufrichterung zur Abwanderung erhalten. Es stehen uns summa summarum ca. zehntausend solcher Optanten bevor, die Anfang bis Mitte nächsten Jahres in Polen

eintreffen müssen. Dagegen befinden sich einschließlich aller Familienangehörigen ungefähr siebenhundert deutsche Optanten noch in Polen. Während die aus Deutschland zu erwartenden polnischen Optanten fast ausnahmslos ohne Vermögen herüberkommen und, wie die Bergleute, die bisher in Stellungen waren, gar keine Aussicht haben, hier Beschäftigung zu erhalten, sind die 7000 deutschen Optanten Grundbesitzer und nehmen ihr Vermögen aus Polen heraus. Der Chauvinismus muß sich schon mit einer halsstarken Verachtung der Wirtschaftlichkeit verbinden, um aus diesem Austauschgeschäft für Polen einen Vorteil herauszulesen, denn solche Zwangsumsiedlungen zerstören in ihrer praktischen Auswirkung die naturgewachsenen Wirtschaftszustände des Landes, und die polnische Regierung weiß das auch, darum ist ihr kein Vorwurf zu machen. Nicht nur der Ausgewiesene wird brotlos gemacht, sondern das Land selbst. — Auch Liquidation, sollte man meinen, hat nachgerade genug Wirtschaftlichkeit in unserem Teilstück vernichtet und verzichtet diese weiter, als daß es noch notwendig und für den Staat erträglich sein sollte, weitere ca. 2000 Wirtschaften den Experimenten preiszugeben, denn von einer Erziehung der Ausgewiesenen durch wirtschaftlich gleichwertige Kräfte kann den Verhältnissen nach wohl kaum die Riede sein.

Zum Schluß sei auch mit einem Worte der Optanten selber gedacht. Es ist erstaunlich, daß das Weltgewissen die Umsiedlung der deutschen und polnischen Optanten ohne ernsteren Protest den beteiligten Staaten gegenüber hat vor sich gehen lassen. Nur die durch den Weltkrieg eingetretene Gefühllosigkeit der Gemüter läßt das vielleicht erklären. Die Massenvertreibungen in Kleinasien und am Balkan, bei denen von den umgesiedelten Griechen nach amtlichen Angaben mehr als 400 000 in den Konzentrationslagern am Piräus Seuchen zum Opfer gefallen sind, können noch herangezogen werden, um ein zutreffendes Beispiel zu finden. Glauben denn die Parteien, die die

Ausweitung fordern, daß sie diesen verschüchterten Leuten den sich jeder nur widerwillig annimmt, einen Vorteil dadurch gewährt, daß sie ihre Ausweitung, wie die Regierung erklärte, für längere Zeit aufschiebt? Schließlich werden hier doch nicht unkultivierte Menschen umgesiedelt, deren Umiedlung lediglich in dem Transport der Menschen und einiger Hausrat bestehet, es handelt sich vielmehr um wertvolles Menschenmaterial westeuropäischen Ausmaßes, das zur Gründung einer neuen Existenz erheblicher Vorbereitungen und erheblicher Mittel bedarf. Glaubt die Regierung vielleicht, daß es genügt, diesen Optanten, falls etwa die Regierung sich auf Druck der Parteien — sprich: des Westmarkenvereins — eines anderen besinnt, was wir noch gar nicht annehmen wollen, zu ihrer erneuten Abwanderung nun die Frist zu sehen, die den Optanten vor ihrer Abwanderung noch zu stand?

Machen wir Schluß mit der Politik in der Optantenangelegenheit und verbergen wir nicht, was der polnische Außenminister durch die Einstellung der Optantenausweisung der Welt gegenüber für Polen gewonnen hat. Reden wir nicht täglich von weiteren Kompensationen und nur vorübergehender Einstellung, sondern seien wir männlich und bestimmt, denn eine vorübergehende Einstellung ist wertlos und nichts weiter als ein Danaergeschenk.

Ein bedeutungsvolles Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts.

Abschrift.

Das Oberste Verwaltungsgericht.
L. Reg. 867/24.

Im Namen des Polnischen Staates.

Das Oberste Verwaltungsgericht, Vorsitzender Richter: Kowalski, Beisitzender Richter: Malowski, Zwolski, Wygadowski, Sawiński, Protokollführer: Wyzyskowski, hat in Sachen Karl Schleske und Gen. aus Jeziorki gegen die Entscheidung des Kultusministeriums vom 23. 3. 24 L. 2151/I betr. die Auflösung einer Schule im Sinne des Art. 19 des Gesetzes vom 3. 8. 24 (Dz. u. R. P., Pos. 600) in nichtöffentlicher Sitzung nach Lage der Akten dahin erkannt:

die angefochtene Entscheidung wird wegen mangelhaften Verfahrens aufgehoben und den Klägern die erlegte Kavution zurückgestattet.

Begründung.

Im Mai 1923 wurde auf einer Sitzung des Schulvorstandes der Gemeinde Osiel, Kreis Rybin, beschlossen, die einlässige Volkschule mit deutscher Unterrichtssprache in Jeziorki aufzulösen und sie in den Bereich der Schule in Osiel einzuziehen. Gegen diese Anordnung haben August Weiß, Felix Wolff und Karl Schleske, als Angehörige des Dorfes Jeziorki, beim Kultusminister Klage erhoben. Das Kultusministerium hat sie als Berufung an das Warschauer Kuratorium weitergeleitet. Das Kuratorium seinerseits erteilte unter dem 15. 12. 23 Nr. 28243 einen ablehnenden Bescheid, nachdem es zuvor festgestellt hatte, daß die Kinderzahl weniger als 40 betrug. Diese Feststellung war erfolgt auf Grund einer Liste der die Schule in Jeziorki im Schuljahr 1921/22 besuchenden Kinder, die die Petenten der Klage beigelegt hatten. Gezählt wurden nur die deutschen Kinder im schulpflichtigen Alter, die weniger als 3 Kilometer von der Schule entfernt wohnten. Bei der Feststellung dieser Kinderzahl hatte man aus der vorgestellten Liste 17 Kinder aus folgenden Gründen gestrichen: 2 Kinder als orthodox (prawosławny), 8 im vorschulpflichtigen Alter, 7 weil sie 5–7 Kilometer von der Schule entfernt wohnten, 5 weil sie mehr als 3 Kilometer von der Schule entfernt wohnten. Infolgedessen kam man zu der Zahl 32, die nach Ansicht der Behörde berechtigt waren, die Schule in Jeziorki zu besuchen. Die Berufung der Bewohner des Dorfes Jeziorki: Felix Wolff, August Weiß und Karl Schleske wurde vom Kultusministerium laut Bescheid vom 23. März 24 Nr. 2151/I nicht berücksichtigt, und zwar unter Bezugnahme auf die oben erwähnte Entscheidung des Warschauer Kuratoriums.

Gegen diese Entscheidung des Kultusministeriums erhoben die oben erwähnten Wolff, Weiß und Schleske Klage beim

Obersten Verwaltungsgericht und baten, diese Entscheidung aufzuheben. Sie begründeten ihre Bitte durch Verleihung der Bestimmungen des Gesetzes vom 3. 3. 1919 (Dz. u. Pos. 232), Art. 4 des Gesetzes vom 17. 2. 22 (Pos. 143 des Dz. u.) und infolge mangelhaften Verfahrens bei der Feststellung des Willens der rechtlichen Vertreter der die Schule besuchenden Kinder.

Das Oberste Verwaltungsgericht stellte fest, was folgt: Die Existenzbedingungen der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache auf dem Gebiete der ehemal. deutschen Öffentlichkeit des früheren Kongresspolens sind im Dekret vom 7. 2. 1919, Pos. 192 des Dz. u. festgelegt. Dieses Dekret besagt, daß deutsche Schulgemeinden und deutsche Landesschulverbände der Auflösung unterliegen und daß die bisherigen Schulen auch weiterhin bestehen bleiben auf einer Grundlage, zu deren Festlegung der Ministerrat bevoilichtigt wird. Der auf Grund des Art. 2 des oben genannten Dekrets vom Ministerrat gefasste Beschluß betr. die Volkschulen mit deutscher Unterrichtssprache (Dz. u. 1919, Pos. 232) ist noch bis heute in seiner ganzen Ausdehnung in Kraft (Art. 18 des Gesetzes vom 17. 2. 1922). Art. 2 dieses Beschlusses stellt an erster Stelle fest, daß Schulen, die bisher durch deutsche Gemeinden erhalten wurden, mit dem 1. April 1919 öffentliche Volkschulen werden, und als solche geben sie über unter die ausschließliche Leitung und den Statut der zuständigen allgemeinen Schulorgane. Entsprechend dem Art. 15 dieses Gesetzes ist der weitere Unterricht in deutscher Sprache abhängig gemacht von dem Willen der Mehrzahl der rechtlichen Vertreter der Kinder, die die einzelnen Schulen besuchen. Zur Auflistung dieses Wunsches durch Einreichung entsprechender Deklarationen wird den interessierten und berechtigten Personen ein zweimonatiger Termin, gerechnet vom Tage der Bekanntgabe des Gesetzes, eingeräumt (Art. 16–18).

Wenn sich die Mehrzahl in obengenannter Weise für die polnische Unterrichtssprache entscheiden sollte, gemäß Absatz 2, Art. 11 des Gesetzes, so soll die polnische Unterrichtssprache schon zu Beginn des Schuljahres 1919/20 eingeführt werden; in der Zukunft — wie aus den folgenden Artikeln ersichtlich ist — verliert solche Schule ihren bisherigen Charakter einer Schule mit deutscher Unterrichtssprache. Im anderen Falle, d. h. wenn die Mehrzahl der Deklarationen für die Erhaltung der deutschen Sprache lautet, dann soll der Unterricht in deutscher Sprache geführt werden. Sollte es sich ergeben — so lautet der Art. 24 weiter —, daß in den nächsten Jahren die Sprachverhältnisse der Kinder, die eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache besuchen, sich verschieben sollten und man annehmen könnte, daß die Muttersprache der Mehrzahl der Kinder gegenwärtig die polnische sei, dann kann eine Feststellung der Wünsche der Mehrheit der Vertreter der Kinder bei der Unterrichtssprache von neuem erfolgen, und zwar alljährlich und in der oben angeführten Art und Weise.

Aus dem Zusammenhang der obigen Artikel folgt zweifellos, daß in den bestehenden öffentlichen Volkschulen mit deutscher Unterrichtssprache die einzige gesetzliche Art, die die deutsche Unterrichtssprache durch die polnische zu ersetzen, einzig und allein der Wunsch der Mehrzahl der Vertreter der Kinder, die diese Schule augenzwinkend besuchen, maßgebend ist.

Das Gesetz sieht nirgends vor, daß bei der Berechnung der die Schule besuchenden Kinder ausschließlich die Kinder in Betracht kommen, die in einer Gemeinde und in einer gewissen Entfernung wohnen. Es beschränkt sich nicht auf ein bestimmtes, schließt auch nicht die Möglichkeit aus, daß eine öffentliche Schule von Kindern besucht werden kann, deren Muttersprache eine andere als die deutsche ist (Art. 19 und 24). Dagegen enthält dieses Gesetz nach dieser Richtung eine positive und unabschließliche Bedingung, und zwar, daß über den weiteren Charakter der Schule nur die Vertreter derjenigen Kinder zu entscheiden haben, die im Augenblick der Nachprüfung die Schule besuchen.

Wenn also aus den Akten hervorgeht, daß das gesetzlich vorgesehene Verfahren zur Änderung der Unterrichtssprache nicht innerhalten wurde, weil die berechtigte Behörde weber Deklarationen verlangte noch den vorgesehenen zweimonatigen Termin anbaute, und daß aus der Kinderliste für das Jahr 1921/22, die die Petenten aus eigenem Antrieb der Beschwerde beilegten, 14 Kinder von der Behörde unberechtigt gezeichnet wurden und somit irrtümlich die Zahl auf 32 herabgesetzt wurde und diese letztere als Grundlage zur Entscheidung benutzt wurde; daß die Schule in Jeziorki nicht den Bedingungen des § 2 Art. 2 des Gesetzes vom 17. 2. 1922 entspricht, verfügt das Oberste Verwaltungsgericht dahin, daß die angefochtene Entscheidung, die eine offensichtliche Schädigung der Kläger bedeutet, auf mangelhaftem Verfahren beruhe.

Warschau, den 5. Juni 1925.

Gezeichnet:
Kowalski. Malowski. Zwolski. Wygadowski. Sawiński.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(16. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Frau Heidenberg ist doch eine so schöne und elegante Dame."

Mollheim sah sie mit schief gelegtem Kopf an.

"Das könnten Sie auch, wenn Sie Geld hätten!" grinste er. "Und Sie wären auch noch etwas anderes mehr."

Das Mädchen erwiderte nichts darauf, doch ihre böse Angewohnheit sagte ihr das Blut bis in die Stirnlochen hinauf.

Gerda Heidenberg erschien wieder. In der Tür fragte sie, nachlässig über die Schulter zurück: "Ich bin heute beim Autorennen. Kommt Du mit? Nicht? Gut — dann au revoir!"

Mollheim geleitete sie hinaus, und Hannah trug ihren Urkhardtvertrag zu Heidenberg.

Er stand mit gekreuzten Armen am Fenster und blickte auf die Straße hinunter. Als sie eintrat, fuhr er jäh herum.

"Was ist?" herrschte er sie an. Zum ersten Mal, seit sie bei ihm war, geschah es, daß er seine natürliche Liebenswürdigkeit vergaß.

Sie legte den Vertrag auf den Tisch und ging hinaus. Was war zwischen diesem Manne und seiner Frau?

*
Reinhold war am Abend außer sich. Er küßte Hannah ein über das andere Mal und triumphierte.

"Das hast Du ganz famos gemacht, Hanni," sagte er. "Wir hätten ein schönes Stück Geld verlieren können, wenn ich nicht rechtzeitig Bescheid gewußt hätte. Über so bin ich auf alles vorbereitet. Wir werden Herrn Heidenberg den Rahm von der Suppe schöpfen."

Aber wenn Heidenberg morgen verlaufen will, fragte Frau Weiß ängstlich, müssen wir da nicht verlieren?"

Doch Reinhold wußte sie schnell zu beruhigen.

Um die Agrarreform.

Der Kampf im Sejm.

Zu Beginn der gestrigen Sejmssitzung teilte der Marschall mit, daß das Finanzministerium die im Sejm eingebrachte Novelle zum Gesetz über die Vermögenssteuer zurückgezogen habe und dafür einen neuen Entwurf vorlege, der demnächst sich in einer Sitzung auf der Tagesordnung befinden soll. Der Kultusminister hat, wie mitgeteilt wurde, den Gesetzentwurf über die Schaffung einer polnischen Akademie technischer und medizinischer Wissenschaften zu rüggen genommen.

Der Sejm schritt alsdann zur weiteren Abstimmung über die Senatsverbesichtigungen zum Gesetzentwurf von der Agrarreform. Die Vergrößerung des Besitzmaximums von 300 auf 400 Hektar wurde mit 192 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Die Verbesserung, nach den Obstgärten von der Parzellierung nur dann ausgeschlossen werden sollen, wenn sie vor dem 1. Juli 1925 angelegt würden, gelangte einmütig zur Annahme.

Als man zur Abstimmung über eine Verbesserung zu Art. 5 schritt, in der die Größe der nicht parzellationspflichtigen Flächen bestimmt wird, die für Zuckfabriken und Brennereien genutzt werden, verlangt der Abg. Poniatowski von der Wywołeniegruppe eine Sonderabstimmung über die Worte, die die Größe der von der Parzellierung ausgeschalteten Flächen, die für die Anpflanzung von Kartoffeln bzw. Rüben in Anspruch genommen sind, bezeichnen. Da der Marschall im Hinblick auf die Geschäftsordnung diesem Verlangen widersprach, stellte der Abg. Poniatowski den Antrag auf Beratung der weiteren Abstimmungen. Der Antrag wurde abgelehnt. Auf den Bänken der "Wywołenie" wie auf ein Tumult. Nach zweimaligen Ordnungsrufen wurde der Abg. Smola, Seib und Wyzyskowski ins Protokoll eingerufen.

Nach Wiederaufnahme der Beratungen um 4 Uhr nachmittags wurde in namentlicher Abstimmung mit 186 gegen 17 Stimmen die zweite Verbesserung zu Art. 5 angenommen, nach der Gütern, die Brennereien, Stärkefabriken oder Kartoffelflockenfabriken besitzen, eine Fläche bis zu 350 ha. und Gütern, die Bucktrüben ansiedeln, eine Fläche bis zu 700 ha. belassen werden kann. Nach Annahme der Verbesserung entstand auf den Bänken der "Wywołenie" wieder ein Tumult. Nach zweimaligen Ordnungsrufen wurde der Abg. Smola, Seib und Wyzyskowski ins Protokoll eingerufen.

Die nächste Verbesserung ging darauf hinaus, die Worte „nach frei in Ermess“ in folgendem Satz zu streichen: „Neben das Beziehen von Bedingungen, die die Ausschaltung auf Grund des vorliegenden Artikels begründen, entscheidet nach freiem Ermeessen der Agrarreformminister im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister, im Falle des Mangels eines Einvernehmens des Ministerrates.“

Für die Verbesserung stimmten 50 Abgeordnete, während 148 dagegen stimmten. Da keine qualifizierte Mehrheit für die Abstimmung vorhanden war, kündigte der Marschall eine positive Abstimmung für die Annahme an. Vorher jedoch beriet in einer halbstündigen Pause der Seniorenkongress. Nach der Pause teilte der Marschall der Kammer mit, daß, um den Parteien die gegenseitige Verständigung zu ermöglichen, der Vorschlag gemacht wird, die Sitzung auf Freitag zu vertagen. Gegen diesen Vorschlag sprach der Abg. Rymer vom Nationalen Volksverband. Sein Antrag fand jedoch keine Mehrheit, da er nur vom Nationalen Volksverband, der Christlichen Demokratie und den Christlich-Nationalen unterstützt wurde. Die Sitzung fand damit ihr Ende. Die Verhandlungen, die heute vormittag vom Vizemarschall Moraczewski zur Herbeiführung einer Vereinigung aufgenommen werden sollen, lassen konkrete Resultate noch dahinstellen.

Im Zusammenhang mit der Beratung der gestrigen Sitzung hat der Nationale Volksverband mit der Christlichen Demokratie und den Christlich-Nationalen einen Antrag eingebracht auf Änderung der Beratungsordnung des Sejm.

Republik Polen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Dem "Ilustrowany Kurier Codzienny" wird aus Warschau gemeldet: Die polnische und die deutsche Delegation haben die Verbreitung der allgemeinen Grundlagen des künftigen Handelsprovisoriums zwischen Polen und Deutschland in Berlin in Angriff genommen. Ende dieser Woche sollen Bollzüge und Fragen, die im allgemeinen Handelspolitik betreffen, sowie auch die Frage der Meistbegünstigung einer eingehenden Erörterung unterzogen werden. Aus maßgebender Quelle verlautet, daß die letzten Maßnahmen der polnischen Regierung in der Frage der deutschen Optanten in hohem Maße zu der Erfüllung einer verhandlungsgünstigen Atmosphäre beigetragen haben. Die deutschen Wirtschaftskreise, die bei den vorigen Verhandlungen vom nationalistischen Lager majorisiert wurden, weisen jetzt mit Recht

Strenge darauf achtet, daß kein Unberufener sich einbringe.

Durch die große Drehtüre schiebt es sich unauffällig in den Saal. Wenige Minuten nach elf ist es bereits zum Brechen voll. Einst war er ausreichend. Das war in den alten Zeiten. Heute zwängt sich auch hier das Neue ein. Macht sich breit. Verändert Ton und Bild. So mancher alter, in seinen Schlachten ergrauter Habitué schüttelt den Kopf, sieht er alle die vielen neuen Gesichter, die ihm so ganz und gar nicht in den ehrwürdigen Raum passen wollen. Die Börse von heute ist nicht mehr die aus den alten Tagen.

In einem ist sie sich gleich geblieben. Sie schreit noch wie früher, sie tobt. Sie ist der Mahlstrom geblieben, der in sich selber wütet. Ein Kampf aller gegen alle. Nur noch wilder, noch tobender ist dieser Mahlstrom geworden. Der Wahnsinn der ganzen Zeit hat ihn zur höchsten Raserei ausgepeitscht. Um Millionen, um Milliarden, um Billionen kämpfen sie heute in diesem Strom. Und in der großen Stadt, im ganzen Lande horcht man auf das Brausen dieses Kampfes. Von diesem großen, würdevoll mit Säulen geschmückten Saale rollen die Millionen und Milliarden heraus. Rollen in die großen Bankhäuser. In die kleinen Winkelbanken. Werden von hier weitergeleitet zu den Tausenden und Tausenden, die alle heute nur die eine Lösung kennen: Spielen! Spielen!

*
Ein Viertel nach Elf. Das Geschäft hat noch nicht begonnen. Aber schon läßt sich erkennen, daß die Börse heute sehr fest sein wird. Aus New York ist die Meldung da, daß die Mark wieder um ein Beträchtliches gefallen ist! London und Amsterdam melden das Gleiche. Also kaufen! Kaufen! Vor den Schranken der beeideten Makler in der Mitte des Saales bilden sich lange Schlangen. Jeder will noch rasch, ehe der große Sturm einsetzt, seine Aufträge loswerden.

Die Favoriten sind die Kolonialpapiere und die rheinischen. Vor den Mallern, die mit ihnen handeln, rollt es schon in hohen Bogen. Noch sind die kleinen schwarzen Tafeln, auf denen die Kurse aufgeschrieben werden, leer, aber bald wird auf ihnen der Geistertanz der Zahlen beginnen. (Fortsetzung folgt.)

„Ich glaube an die Vergebung der Sünden“.

Zu dem Satz des dritten Artikels von der Sündenvergebung gibt es kaum eine kräftigere Illustration als die des heutigen Evangeliums in der Geschichte vom Schalksknecht. Das Wort: „Da jammerte den Herrn deselben Knechtes und ließ ihn los, und die Schuld erließ er ihm auch“ schildert in wenigen Zügen, was es ist um volles Verzeihen. Schuld erlassen, Strafe erlassen, Gnade gewährt! Nichts bleibt mehr übrig, was verdammen kann. Größeres als solche Sündenvergebung gibt es nicht. Wir Menschen verzeihen vielleicht, aber vergessen wir auch? Kann von uns gelten, was Hesia von Gott bekannt: „Du wirfst alle meine Sünden hinter dich zurück!“ Könnten wir sagen, was Gott sagt: Ich gedenke deiner Sünde nicht? Nichts wird uns Menschen wohl schwerer, als ganz auszulöschen, was einmal war, und nie, nie wieder darauf zurückkommen, daran uns oder andere zu erinnern. Aber bei Gott heißt vergeben die Schuld ganz durchstreichen, die Strafe nicht nur auf Probe verschieben, sondern ganz erlassen. Das will uns fast unglaublich scheinen. Luther sagt einmal: „Mit dem Glauben von Vergebung der Sünden ist's eben, als wenn jemand mit einer geladenen Büchse auf dich zielt und jetzt auf dich abschießen wollte und du solltest dennoch glauben und sagen, es sei nichts“. Was für ein Mut würde dazu gehören. Glaube an wirkliche Sündenvergebung ist Sach des Mutes. Den kann nur aufbringen, wer unbedingt sein volles Vertrauen auf die Gnade setzt. Es ist eben Glaubenssache; denn der Glaube ist gewisse Zuversicht dessen, das man hoffst.

Wenn man daran denkt, wie der Artikel von der Sündenvergebung im Zusammenhang des Bekennnisses zum heiligen Geist steht, dann löst sich dieses Rätsel des Glaubens an völlige Sündenvergebung. Er wird nur sein können, wo der Geist Gottes unserem Geiste innerlich Zeugnis gibt und wir Gottes Stimme vernehmen: Dir sind deine Sünden vergeben!

D. Blau-Posen.

Einstellung der Zahlungen für Lieferungen.

Der Krakauer „Illustr. Kurj. Czg.“ veröffentlicht einen längeren Artikel, dessen Inhalt folgender ist:

Es ist bekannt geworden, daß der Finanzminister am 17. v. Ms. ein geheimes Rundschreiben an alle Behörden und Amtstellen gerichtet hat, durch das die Einstellung aller Zahlungen für Arbeitslöhne und Lieferungen angeordnet wird. Auf diese Weise sieht die Regierung für sich selbst ein Moratorium fest, und zwar insgeheim, unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Dieses Vorgehen muß das Vertrauen der Regierung untergraben und demoralisierend wirken. Offenbar war der Zweck der Gelder zur Auszahlung der Beamtengehälter am 31. Oktober zu bekommen, und zu diesem Zweck werden die Interessen der nichtbeamteten Bevölkerung gräßlich mißachtet und dem Wirtschaftsleben ein gefährlicher Schlag verliebt. Viele angefangene Arbeiten wurden unterbrochen und die Arbeiter entlassen, die das Heer der Arbeitslosen vermehrten und nach sechs Wochen Unterflüchtungen erhalten müssen.

Der Finanzminister stopft planlos die Löcher des Haushalts mit Flickwerk und lebt in den Tag hinein. In Krakau wurden infolgedessen die Arbeiten an militärischen Objekten eingestellt, auf dem Wawel arbeiten nur noch die Steinmetzen, ohne Lohn zu erhalten.

Die Friedenshütte hat 1.900.000 zl von der Regierung zu bezahlen für Eisenbahnlieferungen. Die Finanzklasse in Krakau lehnte eine Ausszahlung vor dem 1. November ab. Daher kam die Friedenshütte in Zahlungsschwierigkeiten und konnte ihre Arbeitslöhne nicht auszahnen.

Als Symptome für den mit jedem Tag zunehmenden Geldmangel in Polen seien nachstehende Tatsachen angeführt:

1. Der Staat ist, wie die „Rzeczpospolita“ kürzlich meldete, seit Wochen mit der Bezahlung von Lieferungen verschiedener Industriefirmen im Rückstand; die geschuldeten Beträge sollen einige 10 Millionen zl erreichen;

2. die Magistratsbeamten in Lodz haben bis jetzt noch nicht die zweite Rate der Septembergehälter erhalten;

3. bei einer Reihe der größten Lodzer Firmen haben die oberen Angestellten seit dem August keine Gehaltszahlungen erhalten, die mittleren und unteren Angestellten nur a conto-Zahlungen;

4. die bekannte Firma Cegielski u. Co. in Posen hat kürzlich die Gehalts- und Lohnzahlungen ganz eingestellt müssen; der dortige Magistrat hat der Firma schließlich 20.000 zl geborgt, von denen die Arbeiter dann einen Teil der fälligen Löhne bezahlt erhielten.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 6. November.

Gesundheitspflege im November.

Die trübe Witterung ist im November vorherrschend. Wir wissen nicht, ob wir noch im Herbst oder schon im Winter sind. Eine melancholische Stimmung macht sich geltend, die dem Wohlbefinden wenig zugänglich ist. Die Gesundheitsstatistik für den November weist daher recht schlechte Zahlen auf, und die Zahl der Erkrankungen aller Art ist sehr groß. Besonders Kinderkrankheiten und Grippe treten in den Vordergrund. Ihnen vorzuheugen, ist eine ernste Aufgabe; denn die Ansteckungsgefahr ist gerade zur Novemberzeit sehr stark. Vor allem sollten sich die Eltern hüten, Schnupfen und Grippe auf die Kinder zu übertragen. Denn Krankheiten, die der Erwachsene mit Leichtigkeit überwindet, können dem kleinen Organismus gefährlich werden. Darum gebe man den Kleinen besondere Läschentücher. Ist jemand in der Familie von einer solchen Krankheit befallen, so gurgle er mit Salzwasser, wodurch die Ansteckungsgefahr sehr vermindert wird. Durch regelmäßige Mahlzeiten wird der Körper widerstandsfähig erhalten, ebenso durch die Entzündung von allzu reichlichem Genuss alkoholischer Getränke. Cognac, Wein, Schnaps usw. erwärmen den Körper nicht in dienlicher Weise; sie erhitzen ihn und rufen daher oft Erkältungen hervor. Frische Luft ist jetzt eine Hauptbedingung, damit der Körper für den Winter gestärkt wird. Die Kleider müssen immer gut getrocknet sein. Trockenes Schuhwerk!

Wie warm soll es in der Wohnung sein?

Für viele Leute gilt als höchstes Gesetz für Zimmerheizung der Grundsatz: wenn's draußen kalt ist, muß um so mehr in den

Osen gelegt werden, damit die Zimmerwärme immer höher steigt. Das ist durchaus falsch. Die Zimmerwärme soll vielmehr ihren festen Stand haben, und zwar soll sie nicht über 15 Grad Reamur oder 18 Grad Celsius hinausgehen. Das gilt sowohl für 1 Grad wie für 10 Grad Kälte. Wollte man bei 10 Grad Kälte die Zimmerheizung auf 20 Grad Wärme steigern, so wäre die Folge ein Übelbefinden und die Möglichkeit einer Erkältung. Das Schlafzimmer braucht nicht so warm zu sein wie die Wohnstube. Der Vollmund sagt sehr richtig, daß im Wette noch niemand erfroren ist. Gesunde Menschen mögen daher getrost im ungeheizten Zimmer schlafen. Über gründliche Lüftung empfiehlt sich in allen geheizten Räumen. Neue Luft wärmt am besten.

Kraftwagenführerkurse.

Das Ministerium für Kultus und öffentliche Aufklärung gibt bekannt, daß alle zur Zeit in Polen bestehenden Autolenkerkurse eröffnet sind auf Grund einer Erlaubnis, die durch dieses Ministerium erteilt worden ist. Die Erteilung der Genehmigung ist nur ein Beweis für die Registrierung der Kurse und die Bestimmung der Person des verantwortlichen Inhabers und Leiters. Die Autolenkerkurse haben nur zum Zweck die Vorbereitung zum Examen, das auf Grund der Verordnung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des Innern vom 6. Juli 1922 (Dz. U. R. P. Nr. 65 vom Jahre 1922, Pos. 587) die aus Vertretern des Wojewodschaftsamtes gebildete Kommission durchführt. Infolgedessen kann das Ministerium für Kultus und öffentliche Aufklärung keine Verantwortung für die Durchführung und Unterrichtsergebnisse bei allen Kursen für Autolenker übernehmen. Die von Kursleiteranstaltern zur Nennung gemachten Angaben, daß ihre Kurse durch das Kultusministerium bestätigt worden sind, sind seit dem 1. Dezember d. J. zur öffentlichen Kontrolle über die Ausmessung dieser Steuer ausgelegt.

Auslegung der Listen zur Vermögenssteuer.

Seit dem 4. d. Ms. sind in dem „Urzad Starbowy Podatów w Opatowicach na Poznań-Miasie“, St. Martinstr. 41, im Sinne des Art. 44 des Gesetzes über die Vermögenssteuer vom 11. August 1923 (Dz. U. R. P. 94, Pos. 746) die namentlichen Listen der Zahler der Vermögenssteuer aus den Steuerbezirken Posen-Stadt auf die Dauer von 4 Wochen, das ist bis zum 1. Dezember d. J., zur öffentlichen Kontrolle über die Ausmessung dieser Steuer ausgelegt.

Ein hochherziges Beispiel von Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft gaben die beiden deutschen Gemeinden Suchy Las und Morasko, indem sie für die Altershilfe zwei Sammelwagen Kraut, Kartoffeln, Brüken, Mohrrüben, Brot und noch Geld spendeten.

s. Keine Winterbeihilfe werden diesmal die Staatsbeamten erhalten.

s. Der Wojewode Graf Unshaus ist am Dienstag auf mehrere Tage nach Warschau gereist.

s. Schwer erkrankt ist, der „Gaz. Powys.“, aufgegangen, der Präsident des Verwaltungsgerichts Dr. Czwojdziński.

X Posener Wochenmarktspreise. Auf dem heutigen Freitag waren die Geschäfte etwas lebhafter. Man zahlte für das Pfund Landbutter 1.60—2.00 zl, für das Fettbutter 2.40—2.60 zl, für das Liter Milch 30 gr, für das Pfund Butter 2.70—2.90 zl, für das Pfund Quark 50 gr, für das Pfund Kartoffeln 4 gr, für den Beinunter 2.25—2.50 zl, Preißelbeeren 70 bis 75 gr, Birnen 15—30 gr, Apfel 10—40 gr, für den Kopf Weizeno und Wirsinglohl 20 gr, Spinat 10 gr, das Pfund Grünlühl 10—15 gr, rote Rüben 10 gr, Kürbis das Pfund 5 gr, eine saure Gurke 10—15 gr, Walnüsse 55—60 gr, Zwiebeln das Pfund 20 gr, eine Zitrone 15—20 gr, das Pfund weiche Bohnen 40 gr, Erbsen 25—30 gr, das Pfund Sellerie 15 gr. — Auf dem Fleischmarkt zahlte man für ein Pfund Kindfleisch 1.00—1.20 zl, für Kalbfleisch 70—80 gr, für Hammelfleisch 60—70 gr. Ein Hase kostete 5 zl, ein Rebhuhn 2.25 zl. — Auf dem Geflügelmarkt kostete eine lebende Gans 8—12 zl, eine Ente 2.50—4 zl, ein Huhn 1.50 bis 2.50 zl, ein Paar Tauben 1.50—1.60 zl. — Auf dem Fischmarkt notierten bei starker Nachfrage Lale mit 2.20 zl, Karpfen mit 1.50—1.80 zl, Schleie mit 1.20 zl, Bleie mit 0.90—1.20 zl, Raufaschen mit 70—90 gr, Barsche mit 60—90 gr, Weißfische mit 80—90 gr das Pfund, Krebse mit 2—10 zl das Schot.

X Das Opfer einer Gasvergiftung beinahe geworden wäre gestern abend die Schützenstraße 31 als Austrittsleitung wohnende 20jährige Helene Gorina, die die Gasbähne aus Unvorsichtigkeit nicht ganz geschlossen hatte und infolge des ausströmenden Gases bestimmtlos geworden war. Sie wurde dem Stadtkrankenhaus beigebracht.

X Bei einem Einbruchsbiebstahl auf frischer Tat ergriff wurde gestern der Schlosser J. Lewinak, als er versuchte, eine Wohnung in Gorzawa Wilda 80 (fr. Kronprinzenstr.) zu öffnen.

X Ein ehrlicher Spitzbübe. Gestern wurde in der ul. Starbowy (fr. Luisenstraße) ein schwatzglädiertes Fahrrad Marke „Greif“ mit der Nummer 84 644 mit gelben Felgen und schwarzen Strichen, Freilauf, gefunden. An dem Rad war ein Beittel folgenden Inhalts befestigt: „Bitte das Fahrrad der Polizei abzugeben; bin ein Spitzbübe aus Gutschin; ich brauche es nicht mehr.“ Das Fahrrad befindet sich im 6. Polizeikommissariat an der ul. Towarowa (fr. Columbusstraße) und kann dort vom rechtmäßigen Eigentümer in Empfang genommen werden.

X Beschlagnahme Diebesleute. Von der Polizei in Bromberg sind mehrere Fälle, und zwar 1 Otter, 1 Skunk, 1 Nutria-Fell und 4 Krimmer-Felle, die vermutlich schon im vergangenen Winter in Posen geholt worden sind, beschlaghaft worden. Auskunft geben die Kriminalpolizei in Posen oder in Bromberg.

s. Ein Unfall ereignete sich Mittwoch nachmittag in der Fabrik von Dr. Roman Maty in Luban. Beim Rangieren kam der 24jährige Arbeiter Szczepan Witt aus Lask unter die Räder einer Lokomotive, die ihm das rechte Bein brach und das linke stark verletzte.

X Wetterbericht. Gestern, Freitag, früh waren bei regnerischem Wetter 8 Grad Wärme.

X Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heute, Freitag, früh + 1,54 Meter, gegen + 1,64 Meter am Donnerstag früh.

X Vereine, Veranstaltungen usw.

Sonnabend, 7. 11. Verein deutscher Sänger: Feier des 27. Stiftungsfestes.

Sonnabend, 7. 11. Evangelischer Verein junger Männer. Abends 7 Uhr: Turnen. 8 Uhr: Wochenabendgottesdienst.

Sonntag, 8. 11. Deutsche Interessengemeinschaft: Im Vereinslokal Gorzawa Wilda Generalversammlung, später geselliges Beisammensein.

Posener Handwerkerverein. Am Dienstag, dem 10. November, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung in der Loge, ul. Grobla.

s. Abelau, 5. November. Als Urheber des in Bledzianowo beim Wirt Bala ausgebrochenen Brandes wurde, dem „Kurier“ aufgezeigt, sein 6-jähriger Sohn ermittelt.

* Bromberg, 5. November. Über den städtischen Viehhof war seit etwa 7 Wochen infolge Schweinefieber und Rotlauf die Sperre verhängt. Nunmehr ist, wie die Viehhofverwaltung mitteilt, die Sperre aufgehoben, so daß wieder

Viehmärkte abgehalten werden dürfen. Ebenso werden jetzt wieder Preisnotierungen erfolgen.

* Dirschau, 4. November. Ein Gewitter war uns heute am 4. November, mittags gegen 1/4 Uhr beschieden. Nach ausgedehnten Regenfällen bei milderer Temperatur hörte man bei sehr bewölktm Himmel unvermutet um die oben angebene Zeit Donnergrollen.

* Granitz, 8. November. Unangenehm überraschend wurden am gestrigen Montag zahlreiche Pensionäre. Als sie auf der Kasse Starbowa erschienen, ihr Ruhegehalt abzuheben, wurde ihnen mitgeteilt, daß die Kasse von 11 Uhr geschlossen sei, damit die Beamten an der Feier für den unbekannten Soldaten teilnehmen könnten. Das hätte wohl vorher bekanntgegeben werden können!

s. Koschkin, 5. November. An Herzschlag gestorben ist heut vormittag, am Schreibtisch sitzend, der Bürgermeister a. D. Albert Stein im 64. Lebensjahr. Er war Jahrzehnte lang hier Bürgermeister, verehrt von allen, die ihn kannten; die politische Umwälzung hat seinem Wirken als Stadtoberhaupt ein Ende gesetzt.

s. Ostrowo, 5. November. Als die Kaufleute Bresler und Wartmann aus Wieruszewo am 30. v. Ms. auf dem Wege nach Kempen waren, wurden sie auf der Chaussee Podzamcze-Kempen von zwei unbekannten Banditen überfallen. Dem einen wurden 220 zl und 50 Frank geraubt.

* Rawitsch, 4. November. Unter den 95 Kriegern, die auf dem hiesigen evangelischen Friedhof ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, befindet sich einer, der auf seiner Grabplatte statt des Namens die Worte: „Unbekannter Soldat“ stehen hat. Eine hiesige Kriegerwitwe hat es sich ausgesetzt, das Grab pflegen zu dürfen in dem Gedanken an den in der Ferne ruhenden Gatten, dem sie diesen Liebesservice nicht erweisen kann.

* Thorn, 4. November. Selbstmord durch Erstickung verübte der 18jährige Handlungshelfe Eduard Bielkowski in seiner Wohnung in Nieder. Der Grund zu der Tat ist noch nicht geklärt. — Vor nicht langer Zeit verschwand spurlos der Direktor der ehemaligen Westpreußischen Feuerzeugfabrik und in diesen Tagen ist der Gerichtsvollzieher Margin, wie das „St. Pomm.“ berichtet, spurlos verschwunden. Die Kriminalpolizei führt eine Untersuchung in dieser Angelegenheit. — Am Sonnabend suchte der Landwirt Stanke aus dem Kreise Culm mit seinem 14-jährigen schwerverletzten Sohne einen hiesigen Arzt auf. Als sich beide nach beendeter Untersuchung auf die Straße begaben, stürzte der Knabe auf dem Neustädterischen Markt plötzlich nieder und war sofort tot.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Lodz, 5. November. Nach Blättermeldungen ist hier ein Riesenbetrag mit Wechseln aufgedeckt worden. Im Laufe dreier Monate sollen hier 64.000 Wechsel für die Gesamtsumme von 9,5 Millionen Dollar protestiert worden sein, die zum größten Teile Unterschriften gar nicht existierender Firmen sowie Angestellter erfundener Bureau und Geschäfte trugen. Hinter dieser phantastischen Meldung darf man wohl drei Fragezeichen machen.

p. Kalisch, 5. November. Zwei verbündete Personen sind hier abgenommen worden: 10 Meter weißer Hinterstoff mit blauer Kante, weiße Leinwand von 4½, 9½, 6 und 23 Metern, zwei Stücke schwarzer Cheviot zu 10 Metern, 7 Meter grüner Cheviot, 10 Meter rote Leinwand mit schwarzen Punkten und weiße Bettwäsche mit blauen Farben.

* Warschau, 5. November. Hier stürzte sich der 55jährige Nowakli 16 wohnhafte Kaufmann Tobias Gutlow in dem Augenblick aus dem vierten Stockwerk auf die Straße, als der Steuereigentümer das Haus betrat, um eine Zwangsversteigerung vorzunehmen. Er war auf der Stelle tot. Die ständigen finanziellen Sorgen hatten auch den Gesundheitszustand Gutlows in ungünstiger Weise beeinflußt.

Aus dem Gerichtsaal.

s. Posen, 6. November. Der Postsekretär Arthur Drechting in Winnie behob seinen chronischen Geldmangel dadurch, daß er sich aus der Postklasse ließ. Wenn jemand eine Zeitung auf ein Bieretage abwarf, dann buchte er nur für einen Monat. Bei einer im Mai vorgenommenen Revision wurde ein Betrag von 580 zl festgestellt. D. wollte sich dadurch helfen, daß er eine telegraphische Postanweisung fingierte und sich der Wachhilfe zweier Postgehilfen bediente. Doch der Richter bedachte die Fälschung auf. Die Strafammer verurteilte, dem „Kurier“ folge, Drechting zu 9 Monaten Gefängnis; die beiden Postgehilfen wurden freigesprochen.

Wettervorhersage für Sonnabend, 7. November.

= Berlin, 6. November. Kühl und zeitweise heiter, aber noch veränderlich, ohne erhebliche Niederschläge.

Briefkosten der Schriftleitung.

Auskünfte werden untenstehend gegen Einwendung der Bezugssitzung erneutgegeben, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Antrag ist ein Briefumschlag mit Freimarke der kontinuierlichen Beantwortung beizulegen.

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

A. G. A. in D. Die Angabe der Pflichten für einen vom Gericht gesetzten Kuraor (Pfleger) geht über den Zweck des Briefkostens hinaus. Sie müssen sich von dem Gericht bzw. Vormundschaftsrichter, der Sie für Ihre Aufgaben verpflichtet, über Ihre Aufgaben unterrichten lassen. Ohne ganz wichtige Gründe dürfen Sie das Amt des Pflegers nicht ablehnen.

R. Sch. in Str. Forderungen aus Dar

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Zur polnischen Bankenkrisis.

Auf die ungesunden Verhältnisse im polnischen Bankwesen haben wir bereits vor Jahr und Tag wiederholt hingewiesen. Die künstliche Aufblähung einzelner Banken, deren riesenhaftes Filialnetz und infolgedessen ungeheure Handlungskosten in keinem Verhältnis zu ihrer Kapitalkraft standen, wie auch die anormale Vermehrung der Zahl der Bankinstitute, die von 42 vor dem Kriege auf weit über 200 anwuchs, mußten schließlich zu Katastrophen treiben, wie wir sie in den letzten beiden Monaten gesehen haben. Was ohnehin schon krank war und im Zusammenhang mit dem Zlotysturz Ende Juli durch die Zurückziehung namentlich der ausländischen Einlagen lebensgefährlich bedroht wurde, erhielt den Todesstoß durch die Kreditrestriktionen, welche die Bank Polski, die ja die Hauptdarlehngeberin in Polen ist, seit Anfang August verhängte. Die Privatbanken, die ihren Kunden gegenüber nicht in gleich rigoroser Weise vorgehen konnten, sahen sich plötzlich der Möglichkeit beraubt, ihre Wechselbestände bei der Emissionsbank zu rediskontieren. Wenn nun auch nach dem von der polnischen Presse mit großem Stolz verkündeten Beschuß des Aufsichtsrats der Bank Polski vom 8. Oktober, die Kreditrechtschränkungen wieder aufzuheben, die Lage der gefährdeten, aber für eine Sanierungsaktion überhaupt noch in Frage kommenden Banken sich kaum gemildert hat, so liegt dies daran, daß eine wirkliche Erweiterung der Diskontoperationen der Bank Polski tatsächlich noch gar nicht erfolgt ist. In diesem Sinne sind die letzten Bankausweise in der größeren Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet worden. Nach dem Status vom 31. Juli d. J. befiehlt sich das Wechselportefeuille der Bank Polski auf 302,9 Millionen Zloty. Es sank bis zum 31. August auf 285,4 Millionen, stieg in der Zeit vom 10.–20. September auf 292,3 Millionen, sank aber vom 30. September bis 10. Oktober wieder auf 286,8 Millionen und hat sich nach dem neuesten Ausweis vom 20. Oktober abermals um 5 Millionen Zloty verringert. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Lage der Emissionsbank ihr noch keineswegs gestattet, die Diskontoperationen erheblich zu erweitern. Somit dürften auch die Privatbanken eine wesentliche materielle Hilfe von dieser Seite vorläufig kaum zu erwarten haben. Nur in besonders begründeten Fällen und unter ganz bestimmten Vorsichtsmaßregeln wird die Bank Polski über das bisherige Maß der Krediterteilung hinausgehen. Im übrigen bewegt sich die staatliche Aktion zur Reformierung des Bankwesens in anderer Richtung. Die Mittel aus dem schon erwähnten Fonds von 25 Millionen Zloty zur Sicherung der Einlagen bei Privatbanken werden offenbar nur nach eingehender Prüfung der Solidität der Bankinstitute vergeben. Das zu diesem Zweck bei der Landeswirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego) eingerichtete Kreditkomitee setzt sich aus 2 Beauftragten des Finanzministeriums sowie aus je 1 Vertreter der Bank Polski, der Bank Gospodarstwa Krajowego und des Bankvereins zusammen. Dieses Komitee hat, wie wir erfahren, u. a. damit begonnen, die Privatbanken zu grösster Sparsamkeit und zur Verbesserung ihrer Betriebsmethoden anzuhalten, insbesondere aber dazu, die zahlreichen, während der Inflationszeit entstandenen Zweigniederlassungen, die durch unsachgemäße Leitung und waghalsige Operationen viel zu den Verlusten der Stammhäuser beigetragen haben, zu liquidieren, soweit dies unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Betracht kommenden Plätze und Gegenden nur irgend möglich erscheint. Weiterhin hat dieses Komitee ein Gutachten dahin abgegeben, daß Fusionen von Bankinstitutionen grundsätzlich angebracht sind, aber nur dann genehmigt werden sollen, wenn zuvor die Sanierung der einzelnen zu fusionierenden Institute durchgeführt werden kann. Anscheinend im Zusammenhang mit den in letzter Zeit sich häufenden Klagen ausländischer Exporteure über die Unzuverlässigkeit und teilweise an Betrug stehenden Machenschaften verschiedener polnischer Privatbanken hat sich das Finanzministerium endlich zu scharfem Vorgehen entschlossen. So ist (der „Polonia“ zufolge) soeben der Oberschlesischen Handelsbank (Górno-Slaski Bank Handlowy) das Privileg einer Devisenbank entzogen und gegen die Direktion ein Strafverfahren eingeleitet worden, weil sie mit fiktiven Verordnungen des Finanzministers operiert habe, um sich einer Regelung ihrer Verpflichtungen zu entziehen.

Handel.

G Holzverkehr Polen–Schweiz. Die Deutsche Reichsbahn hat den Durchfuhrtarif D 111 für Holz der deutschen Tarifklasse D, ferner für Buchenstamm-, Stangen-, Rollen-, Knüppelholz, sämtlich bis zu 1,5 Meter lang, sowie für Prügel-, Rund- und Scheitholz (Papierholz, Schleifholz, Zelluloseholz) zur Herstellung von Holzstoff oder Holzstoff neu herausgegeben. Der Tarif gilt für Holz außerdeutscher Herkunft von Beuthen-Grenze, Sosnowitz-Grenze, Oderberg, Troppau, Jägerndorf, Ziegenhals und Heinersdorf nach Singen, Schaffhausen und Basel mit der Bestimmung nach der Schweiz. Die Anwendung des Tarifs ist an die Auflieferung von 5000 bzw. 10 000 Tonnen innerhalb eines Jahres gebunden. Zur Innehaltung dieser vertraglichen Verpflichtung ist eine Sicherheit von 175 000 RM. bei der Reichsbahn zu hinterlegen.

G Abbruch der deutsch-russischen Schmierölverhandlungen. Wie wir erfahren, mußten die Verhandlungen zwischen der Deutschen Erdöl und Petroleum A.-G. einerseits und dem russischen Naphtha-

syndikat andererseits über die Erneuerung der Schmierölverträge ergebnislos abgebrochen werden, da die deutschen Firmen die russischerseits aufgestellten Bedingungen nicht bewilligen konnten. Dagegen sind die Benzinverträge, wie wir bereits kürzlich meldeten, erneuert worden.

Märkte.

G Getreide. Warschau, 5. November. Für 100 kg fr. Verladefeststation. Kongr.-Weizen 128 f hol 25,00, Kongr.-Roggen 693,5 118 f hol 17–16,50, Kongr.-Braugerste 20,75–20,50, Braugerste 22,00, franko Warschau, Leinkuchen 26,50, Rapskuchen 18,50. Tendenz für Roggen etwas fester.

G Danzig, 5. November. Für 50 kg in Danziger Gulden. Weizen 12,25–12,62, Roggen 8–8,10, Futtergerste 8 $\frac{3}{4}$ –9, Braugerste 9 $\frac{1}{2}$ –10 $\frac{1}{2}$, Hafer 8 $\frac{1}{4}$ –8 $\frac{3}{4}$, Viktoriaerben 14–15, grüne Erbsen 13–14, R.-Kleie 5 $\frac{1}{2}$ –5 $\frac{3}{4}$, W.-Kleie 5,75, Raps 21,50.

G Berlin, 5. November. Märk. Weizen 220–223, Roggen 139–142, Braugerste 186–210, Winterfuttergerste 149–169, märk. Hafer 160–170, W.-Mehl 20,25–20,75, W.-Kleie 11,30–11,50, W.-Kleie 9,10–9,40, Viktoriaerben 26–32, Speiserben 22–25, Futtererben 19–22, Peluschen 18–19, Feldbohnen 20–22, Wicken 22–25, blaue Lupinen 12–12 $\frac{1}{2}$, Rapskuchen 14,20–14,30, Leinkuchen 21,30–21,40, Kartoffelflocken 12,90–13,30. Tendenz schwankend.

G Hamburg, 5. November. Notierungen ausl. Getreidearten für 100 kg in hfl. Weizen : Manitoba I. 14,40, II. 14,20, III. 13,90, Rosafe 97 kg Januar–Februar 14,05, Baruso 13,60, Gerste Dunaj russische 8,60, indische 4,80, Malting Barley 8,60, Roggen : Western Rye II. 9,55, Mais : La Plata, Dunaj beßababischer 9,50, gelber VI. 9,10. Tendenz ruhig.

G Metalle. Katowice, 5. November. Schmiedestäbe aus Elekt.-Kupfer la Durchm. 10 mm 4,60, la Weißmetall 80proz. 7,20, la Schlagglut 2,50, la Lötzinn 80proz. 7,80, alles für 1 kg Ioko Fabrik Katowice. Die Sp. Akc. Josef Dowidowski : Rohguß Friedenshütte Nr. 1 mit 150 pro Tonne franko Waggon Neu-Beuthen.

G Edelmetalle. Berlin, 5. November. Silber in Barren 97 bis 98 Mk. für 1 kg, Gold im fr. Verkehr 2,81–2,82 Mk., Platin im fr. Verkehr 14,25–14,75 Mk. für 1 Gramm.

G Vieh und Fleisch. Warschau, 5. November. Verkauft wurden insgesamt 2294 Stück Vieh, für 1 kg Lebendgewicht wurde gezahlt: Rinder I. Sorte 0,90 zt, II. Sorte 0,85, III. 0,80, IV. 0,75 zt, für Kälber 1,10–1,00, für Schweine I. Sorte 1,75 zt, II. 1,70–1,65, III. 1,50–1,60, IV. 1,35–1,45, V. 1,20–1,30, VI. 1–1,10 zt.

G Kolonialwaren. Warschau, 5. November. Die Situation auf dem Warschauer Kolonialwarenmarkt ist in den letzten Tagen etwas schwächer geworden. Engrospreise für 100 kg wurden für folgende Waren gezahlt: Mannagritze 66 zt, Krakauer 80 zt, gebrannte 65 zt, Perlgrauen 60 zt, Gerstengräpen 44 zt, Haferflocken 65 zt, Felderben 33 zt, Viktoriaerben I. Güte 48 zt, Weißbohnen 47 zt, farbige Bohnen 39 zt.

G Zucker. Warschau, 5. November. Kristallzucker 115 zt, Puderzucker 127,60 zt, für 100 kg franko Lager.

G Baumwolle. Bremen, 5. November. Erste Ziffer bedeutet Einkauf, zweite Verkauf: Amerik. Baumwolle loco 21,82, für Dezember 20,85–20,87, Januar 20,79–20,81, März 20,00–21,14, für Mai 21,32–21,18, Juli 21,08–21,26, September 21,18–21,08. Tendenz beständig.

Börsen.

G Der Zloty am 5. November. Danzig: Zloty 86,89–87,11. Ueberw. Warschau 85,84–86,04, Berlin: Zloty 69,05–69,76, Ueberw. Warschau 69,22–69,58, Ueberw. Posen oder Kattowitz 69,17–69,53, Zürich: Ueberw. Warschau 85,75, London: Ueberw. Warschau 29,00, Neuyork: Ueberweisung Warschau 16,50, Wien: Zloty 116,90–117,90, Ueberw. Warschau 117,00, Prag: Zloty 55,80–56,00, Ueberw. Warschau 55,80–56,00, Budapest: Zloty 11,600–11,800, Czernowitz: Ueberw. Warschau 33,50, Bukarest: Ueberw. Warschau 33,50, Riga: Ueberweisung Warschau 90,00.

G 1 Gramm Feingold wurde für den 6. November 1925 auf 3,9744 zt festgesetzt. (M. P. Nr. 257 vom 5. November 1925). (1 Goldfrank gleich 1,1537 zt.)

G Danziger Börse vom 5. November. (Amtlich) London Schecks 25,11, Berlin 123,795–124,105, deutsche Mark 123,845 bis 124,155.

G Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 6. November 1925. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Zloty.) Weizen 22,20–23,20 Gerste 17,50–19,50 Roggen 14,80–15,80 Hafer 16,00–17,00 Weizenmehl (65 % inkl. Säcke) 36,50–39,50 Felderben 21,00–22,00 Viktoriaerben 27,00–30,00 Roggenmehl I. Sorte (70 % inkl. Säcke) 25,00–26,00 Weizenkleie 9,75–10,75 Roggenkleie 9,75–10,75 Roggenmehl (65 % inkl. Säcke) 26,00–27,00 Eßkartoffeln 2,00–2,20 Braugerste prima 20,80–21,80 Fabrikkartoffeln 2,00–2,20 Tendenz: schwach.

Posener Börse.

	4 Pos. Pfdr. alt.	6. 11.	5. 11.	6. 11.	5. 11.
6 listy zbożowe ..	—	4,00	4,05	—	2,05
8 dolar. listy ..	2,10	2,05	—	—	—
5 Poż. konwers. ..	—	—	—	Dr. R. May I.-V.	19,50
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	2,25	—	—	Mlyn Ziemi. I.-II.	1,00
Bk. Przemysl. I.-II.	2,10	—	—	Płotno I.-III.	—
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4,50	—	—	Pneumatyk I.-IV.	—
Arkona I.-V.	—	—	—	Sp. Drzewna I.-VII.	0,30
Barcikowski I.-VII.	—	0,80	—	Sp. Stolarska I.-III.	—
Cegielski I.-IX.	—	—	—	Br. Stabrowscy ..	—
Centr. Rolnik. I.-VII.	0,50	—	—	Star. Fab. Mebl. I.-II.	—
Centr. Skór I.-V.	0,80	—	—	Tri I.-III.	—
Goplana I.-III.	1,35	1,50	—	Unja I.-III.	3,50
C. Hartwig I.-VII.	—	—	—	Wag. Ostrowo I.-IV.	—
Hartw. Kant. I.-II.	0,35	0,40	—	Wytw. Chem. I.-VI.	—
			—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	—

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

	Devisen :	6. 11.	5. 11.	6. 11.	5. 11.
Amsterdam ..	242,53	—	—	Paris ..	24,04
Berlin*) ..	143,63	143,63	—	Prag ..	17,87
Helsingfors ..	—	—	—	Stockholm ..	—
London ..	29,21	29,20	—	Wien ..	84,96
Neuyork ..	6.—	6.—	—	Zürich ..	116,19
					116,19

*) über London errechnet.

	Effekten :	6. 11.	5. 11.	6. 11.	5. 11.
8% P. P. Konwers.	70.—	70.—	70.—	Nobel III.—V.....	1,05
5% Poż. Dolar ..	43,50	43,50	—	Lilpop I.—IV.....	0,50
6% Poż. Kolej. S. I.	65,50	65,25	—	Modrzewoj. I.—VII.	2,41
10% Poż. Kolej. S. I.	85.—	85.—	—	Ostrowieckie I.—VII.	4,05
Bank Dysk. I.—VII.	5.—	5.—	—	Starachow. I.—VIII.	1,09
B. Handl. W. XI.—XII.	2,50	2,50	—	Zieleński I.—V.	9,—
B. Zachodni I.—VI.	1,25	1,25	—	Zyrardów ..	5,65
Chodorów I.—VII.	4,40	4,25	—	Borkowski I.—VIII.	—
W. T. F. Cukru ..	1,55	1,50	—</		

darauf hin, daß von polnischer Seite guter Wille bezeugt worden ist und verlangen, daß die Handelsberatungen ausschließlich auf der Plattform der Wirtschaftskoalition beider Staaten geführt und Faktoren politischer Natur ausgeschaltet werden. Die Verhandlungen, die voraussichtlich 5 Wochen dauern werden, haben zwar in erster Linie den Abschluß eines Handelsprotokolls zum Zweck, das für ungefähr 8-9 Monate gelten soll, werden aber so geführt, daß die Grundlage für den künftigen Handelsvertrag geschaffen wird.

Um den Export Polens.

Im Industrie- und Handelsministerium haben auf Betreiben des Ministers Klarner Beratungen stattgefunden über die Einführung eines Exportinstitutes. An den Beratungen, deren Vorsitz der Staatssekretär Doležal führte, nahmen Vertreter der interessierten Wirtschaftskreise teil, darunter Vertreter der Industrie- und Handelskammern von Krakau, Lemberg, Posen, Katowitz, Graudenz sowie des Verbandes oberschlesischer Industrieller. Der betreffende Gesetzentwurf, der dem Ministerrat zur Besichtigung vorgelegt wird, hat vor allem den Ausbau der Handelsbeziehungen Polens mit dem Auslande, insbesondere aber die Steigerung der polnischen Ausfuhr zum Zweck. In den Bereich der Tätigkeit des Instituts sollen kommen: Die Prüfung der Märkte und Wege des polnischen Außenhandels, sowie der Absatzmärkte für den polnischen Export, die Erforschung der Exportmöglichkeiten für die einzelnen polnischen Produkte, die Gewährung von Informationen an die Regierung und die Wirtschaftskrise, die Anknüpfung eines ständigen Kontakts mit einzelnen Zweigen der Produktion und des Handels zwecks Verbesserung des Exports, namentlich in der Richtung der Schaffung einer Exportorganisation, und die Mitwirkung in Fragen, die die Stabilisierung des Exports betreffen.

Von der Bank Polski.

Der Oberste Rat der Bank Polski hat nach durchgeföhrter Diskussion über das Wirtschaftsleben des Landes erkannt, daß eine der hauptsächlichen Ursachen der Krise die fatale Anwendung der Kreditpolitik sei. Selbst der bemittelste Industrielle sei gezwungen gewesen, seine Bedürfnisse mit einer dreimonatigen Wechselanleihe zu befriedigen, die in ungezählter Menge im Verkehr seien. Diese Wechsel müssten in langfristige Obligationen verwandelt werden. Die hypothekarische Sicherung würde also zu Notwendigkeit. Unabhängig von der Auslandsanleihe hält der Oberste Rat der Bank Polski eine Verringerung des Staatsbudgets der Selbstverwaltungsbudgets und überhaupt der Ausgaben in allen Teilen der Verwaltung für möglich.

Um das Mieterschutzgesetz.

In der Frage der Stabilisierung des Mieterschutzgesetzes verlautet aus Kreisen, die dem Justizministerium nahestehen, daß die Regierung kein besonderen Änderungen ins Gesetz einfließen will. Es wurden nur bezüglich der Fabrikräume die vorgesehenen Fristen geändert. Ferner wurde der Gedanke, der Vorlegung eines Moratoriums für die Arbeitslosen gutgeheissen.

Konferenzen.

Der Premier hatte gestern eine Reihe von Konferenzen. Zuerst empfing er Herrn Zarnowski, den Vorsitzenden der Obersten Staatskonkurrenz, und konferierte mit ihm über Fragen, die mit dem Spargesetz zusammenhängen. Der Minister Wasielowski berichtete ihm über den Stand der polnisch-litauischen Verhandlungen in Lugano. Eine Sonderdelegation legte dem Premier eine Denkschrift über die Lage in der Metallindustrie, namentlich in der Frage der Danziger Werft, vor.

Die Sparkommission des Kriegsministeriums.

Der Kriegsminister General Siforski hat eine besondere Sparkommission ins Leben gerufen, deren Aufgabe darin besteht, gründliche Studien zu machen über die Frage der Reduktion des Budgets des Kriegsministeriums für das Jahr 1926. Zu dieser Kommission gehören: Brigadegeneral Bojac als Vorsitzender und zugleich Vertreter des Generalsabschefs Oberst Boskowicki, als Vertreter des Chefs der Heeresverwaltung und Oberst Bancer, als Vertreter des Kontrollurtheils.

Aus der Papierindustrie.

Im Zusammenhang mit der drohenden Reduktion in der Papierfabrik in Bielawa, wo die Entlassung von 1000 Arbeitern droht, hat das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eine Intervention angekündigt, da Kreditmangel die Ursache sein soll.

Locarno und die deutsche Zentrumspartei.

Das Beratungsergebnis.

Nachdem der Reichskanzler Dr. Luther die Vertreter der Regierungsparteien empfangen hat, hat er auf ihr Anraten für heute auch die Vertreter der anderen Parteien zu sich geladen, um sich in Rede und Gegenrede über ihren Standpunkt zu unterrichten. Am Vormittag waren die Führer der Wirtschaftspartei bei ihm, die im Gegensatz zu den ablehnenden Meinung des Abgeordneten Dr. Bredt dem Vertrag von Locarno gegenüber, die dieser im Auswärtigen Ausschuß vorgebrachten hat, sich der geistigen Haltung der Regierungsparteien angeschlossen haben. Bei den Begegnungen, die den Reichskanzler Dr. Luther mit den Deutschen Nationalen, den Demokraten und den Sozialdemokraten im Laufe des Nachmittags gepflogen sind, dürften sich, da die Stellungnahme dieser Parteien vorläufig festgelegt ist, neue Gesichtspunkte kaum ergeben haben. Die amtlichen Verlaufsbarungen über ihre Auffassung dürften der politischen Orientierung genügen.

Das interessanteste Ereignis des heutigen Tages war die Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums. In dieser Sitzung ist es zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten gekommen. Sie haben ihren Niederschlag in der Entscheidung gefunden, in der mit einmütiger Billigung das Ergebnis der Beratungen niedergelegt ist. Diese Entscheidung lautet:

"In ihrer sachlichen Stellung zu dem Vertragwerk von Locarno waret die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstags das Ergebnis der auf die Rückwirkungen bezüglichen Verhandlungen ab. Sie sieht in den in Locarno getroffenen oder in Aussicht gestellten Abmachungen einen Fortschritt in der Richtung der europäischen Friedensordnung; sie erachtet jedoch die vorgesehene Regelung nur als eine befriedigende Lösung, wenn die besetzten Gebiete notigen Auswirkungen gesichert sind. Die Zentrumsfraktion ist der Auffassung, daß das Verhalten der Deutschen Nationalen Volkspartei gegenüber dem Vertragsentwurf von Locarno eine weitere Zusammenarbeit mit ihr in einer Regierung ausschließt."

Dazu schreibt die "Ahlne Stg.":

„Drei dieser Entschließungen sind zwei Punkte besonders beachtenswert. Zum einen enthält sie eine Billigung des Vertrages von Locarno an sich; es heißt vielmehr, daß die Zentrumsfraktion einen Fortschritt in der Richtung der europäischen Friedensordnung in einer Vereinigung der in Locarno getroffenen und dort in Aussicht gestellten Abmachungen sieht. Man hat bisher noch nichts davon gehört, daß in Locarno Abmachungen in Aussicht gestellt worden sind, erinnert sich vielmehr daran, daß von der Gegenseite derartige Abmachungen mit dem Hinweis abgelehnt worden sind, es könne sich bei den Auswirkungen des Vertrages von Locarno nur um freiwillige, also unverbindliche Zugeständnisse handeln. Wie dem auch sei, wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums sich jeder Kritik über den Vertrag als solchen enthält, ohne auf diesen Fall den Grundsatz, qui tacet, consentire videtur anzuwenden, und daß die Zentrumsfraktion sich die kommenden Auswirkungen nur in Gestalt von Abmachungen vorstellen kann, obwohl von der Forderung solcher Abmachungen gerade in Zentrumskreisen noch nicht die Rede gewesen ist.“

Zum zweiten fällt in der Zentrumsentschließung die vorsichtige Formulierung des Schlusses auf, der sich gegen das Verhalten der Deutschen Nationalen Volkspartei richtet. Da nach der Auffassung der Reichstagsfraktion das weitere Zusammenschließen

mit den Deutschen Nationalen in der Regierung nur auf Grund ihres Verhaltens gegenüber dem Vertragsentwurf von Locarno ausgeschlossen wird, die Zentrumsfraktion aber fehlt zu diesem Entwurf materiell nicht Stellung nimmt, so kann die Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Deutschen Nationalen nur mit ihrem taktischen Versagen begründet sein. Insoweit läßt die Zentrumsentschließung eine fünfjährige Zusammenarbeit mit den Deutschen Nationalen für den Fall offen, daß sich die außenpolitischen Linien der beiden Parteien wieder nähern.

Deutsches Reich.

Wieder eine Schlagwetterexplosion.

Noch sind nicht die Opfer der vor einigen Tagen erzielten Explosionskatastrophe bekräftigt worden, geht wieder durch die Presse die Nachricht, daß in der Grube Friedrich Heinrich bei Kreisfeld beim Vorbrechen eines Querschlags in einem Nebengestein eine Schlagwetterentzündung erfolgte. Die Explosion hat zwei Todesopfer gefordert. Sechs andere Personen kamen mit leichteren und schwereren Verletzungen davon. Der Betrieb ist in seiner Weise zerstört worden. Eine Untersuchung durch die Bergwerksbehörden ist im Gange.

Gedächtnisfeier für die gefallenen Kolonial- und Marinekrieger in Berlin.

In Berlin fand, wie alljährlich, so auch jetzt, eine Gedenkfeier der Arbeitgemeinschaft der vereinten Kolonialvereine Groß-Berlins statt. In wehrvoller Feier wurde der gefallenen Krieger der Kolonien und der Marine gedacht. Alle Angehörigen der für das Vaterland gefallenen Helden waren zu dieser erhebungsvollen Feier in Dom erschienen.

Die Kulturautonomie in Estland.

Die erste Sitzung.

Reval, 3. November. Nach einem Festgottesdienst in der Nikolaikirche fand gestern um 1 Uhr im Schwarzbüttnerhaus die feierliche Eröffnung des deutschen Kulturrates statt. Anwesend waren 39 Mitglieder, zahlreiche geladene Gäste und Regierungsräte.

Der Präses des Hauptkomitees, Hasselblatt, wies in längerer Eröffnungsrede auf die Bedeutung des Tages hin.

Als nächster Redner begrüßte der Innensenator die Versammlung im Namen der Regierung in sehr herzlichen Worten. Der Außenminister wies auf die große außenpolitische Bedeutung des Kulturrates hin. Schulrat Nein begrüßte die Versammlung im Namen des Kultusministers, Stadtpräsident Nein im Namen der Stadt Reval, der Abgeordnete Grigoriew im Namen der russischen Minorität.

Sämtliche Ansprachen wurden vom Präses Hasselblatt beantwortet. Es folgte die Verlesung der zahlreichen Offizialbücher, darunter auch eines solchen vom Deutschen Volksbunde in Polen-Schlesien.

Darauf fand die Wahl eines temporären Präsidiums statt; gewählt wurden Koch, Kress, Baron Stadelberg, Hanke, Baron Wrangell.

Nach einer Pause fand am Nachmittag die Beratung einer Vorlage über die Geschäftsförderung statt, und hierauf ging die Versammlung zu der Hauptfrage, der Annahme oder Ablehnung der Verwirklichung der Autonomie, über, die eine sehr lebhafte Debatte hervorrief.

Prinzipiell waren alle Redner für die Annahme; sie hatten jedoch mancherlei Bedenken und Vorbehalte vorzubringen. Schließlich wurde die Autonomie ohne Vorbehalte einstimmig angenommen, jedoch wurden eine Anzahl von Separatvota, welche die angeführten Bedenken enthalten, zu Protokoll gebracht.

Nachdem dann dem Präses und den Mitarbeitern des Hauptkomitees der Dank der Versammlung ausgesprochen worden war, schloß das Präsidium die Sitzung um 8 Uhr abends.

Die deutschen Studenten in Moskau begnadigt.

Aus Moskau wird amtlich gemeldet (durch die "Iswestja"), daß das Präsidium des Zentral-Komitees der Sowjetunion am 31. Oktober beschlossen habe, die vom Obersten Gerichtshof am 3. Juli 1925 zum Tode verurteilten deutschen Staatsangehörigen Kindermann und Wolski und den ehemaligen Staatsangehörigen v. Dittmar unter Anerkennung der Untersuchungshaft zu 10 Jahren Gefängnis zu begnadigen.

Das Moskauer Todesurteil war ein juristisches Verbrechen, darüber ist sich wohl in der ganzen Welt jede rechtlich denkende Persönlichkeit klar geworden. Überall wurde von einem Justizmordurteil gesprochen, das offensichtlich konstruiert wurde, ohne feststehende Beweise zu besitzen, ohne überhaupt den Studenten irgend eine feindliche Handlung nachzuweisen zu können. Wenn nun heute das Exekutivkomitee in so seltsamer Weise eine "Begnadigung" ausspricht, so kann diese Tatsache durchaus nicht beruhigend und das Urteil abmildern werden. Im Gegenteil, eine dauerhafte Ritterkeit wird übrig bleiben bei jedem Menschen, der an diesen unglaublichen jungen Studenten Anteil nimmt.

Die Revolution in Persien.

Bedenken und Hoffnungen.

Riza Khan, der Diktator Persiens, sagt der "Manchester Guardian", ist ein geborener Soldat, ein echter Patriot und vor allem ein geschickter Politiker. Dank seiner unermüdlichen Arbeit sei die persische Armee nach einem langen Zeitraum völlig unabhängig, eine Waffe von zuverlässiger Stärke geworden. Die Soldaten erhalten ihre Löhne, die Steuern werden bezahlt, und der Staatshaushalt befindet sich dank der Hilfe des amerikanischen Finanzberaters im Gleichgewicht. Riza Khan habe die unruhigen Städte, die seit unendlichen Zeiten die Ordnung in Persien störten, unterworfen und die Rechte der großen Feudalherren beschränkt. Ob die gegenwärtige Krise eine Lösung im monarchischen oder republikanischen Stile finde, die Tatsache bleibe bestehen, daß in Riza Khan allein die Hoffnung Persiens liege, und daß das alte Chaos schnell wieder hereinbrechen würde, wenn es ihm während seiner Lebensdauer nicht gelinge, die Reformbewegung auf eine sichere Grundlage zu stellen.

KINO APOLLO

Vom 6. II. - 12. II. 25. Vom 6. II. - 12. II. 26.

4%, 5%, 8% Uhr.

Ein Drama aus dem Herbst des Lebens

Die Frau von vierzig Jahren

(Das gefährliche Alter)

In den Hauptrollen:

Diana Karenne und Gajdarow.

Vorverkauf von 12-2

Amtlich wenigstens unterstehen auch alle Europäer in Persien Riso Khan, und ganz fraglos steht die britische Politik auf seiner Seite. Allerdings gebe es dabei eine Richtung, die nicht an den dauernden Aufschwung Persiens glaube, weil sie seine Bevölkerung für unruhig halte, die Reformen durchzuführen, welche den tapferen Bewohnern der Türkei gelungen seien. Diese Richtung hofft, daß Riza Khan sich in etlichen Hoffnungen wiege, und daß Nordpersien unter russischen Einfluß gelangen werde, ehe die Eroberung des Landes vollbracht sei. Die Vertreter dieser Richtung möchten es daher lieber mit jenen zahlreichen Persern halten, die nur ungern Risos Diktatur ertragen und sich in der Vergangenheit als gute Freunde Großbritanniens erwiesen hätten. Man müsse dieser Richtung das eine zugeben, daß ein dauernder Erfolg Riza Khans weit ungewisser sei als der weichen Kemal Pascha in der Türkei gehabt habe.

Aus anderen Ländern.

Sturmfahrt des früheren deutschen Dampfers "Imperator".

Der frühere deutsche Dampfer "Imperator", der drittgrößte Dampfer der Welt, ist in Southampton mit mehrstündigem Verzug eingetroffen, nachdem er im stürmischen Wetter, das er bisher mitgemacht hat, den Atlantischen Ozean kreuzte. In einem zweistündigen Sturm, der zeitweilig 80 Fuß hohe Wellen über das Schiff wälzte, hatten Schiff und Passagiere schwere Stunden durchzumachen. 28 Personen wurden während der Überfahrt verletzt.

Die Streikbewegung in Österreich.

Naum ist die Streikforder der Beamten des Staates Österreich von diesen zurückgezogen worden, haben die Bäcker der Stadt Wien zu diesem Mittel, die Löhne zu erhöhen, gegriffen. Die Regierung führt mit den Bäckermeistern Verhandlungen, daß wenigstens die Krankenhäuser mit Brot versorgt werden können.

Sanierungsarbeiten.

Paris, 6. November. (R.) Auf eine Anfrage des Abgeordneten Loucheur erklärte gestern abend gegen Ende der Kabinettssitzung Ministerpräsident Painlevé, die Regierung hoffe, das Sanierungsgebot am Sonnabend der Kammer unterbreiten zu können.

Eisenbahnglück.

Paris, 6. November. (R.) Nach einer Sabotage aus Madrid ist der Expresszug Madrid—San Sebastian auf ein Auto gestoßen und entgleist. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Die Krise in Frankreich.

Paris, 6. November. (R.) Infolge der Meinungsverschiedenheiten, die sich innerhalb der demokratisch-republikanischen Linien (Fraktion Maginot) ergeben haben, da einige ihrer Mitglieder am Dienstag für das Kabinett Painlevé eingetreten sind, haben 14 Abgeordnete unter Führung von Le Frocier, Colrat Lanoy und einer etwas mehr nach links gerichteten neuen Fraktion gebildet, die sich unabhängige Linie nennt. Die Fraktion Maginot hat nun nur noch 29 Mitglieder.

Die Landtagswahlen in London.

Bei den Wahlen, die in London stattfanden, hat die Arbeitspartei wieder einen starken Zuwachs zu verzeichnen. 42 neue Mandate sind derselben zugeschlagen. Die Konservativen haben allein 35 Sitze verloren. Die Arbeitspartei hat insgesamt 230 Mandate errungen. Einen Schritt weiter vornwärts ist die englische Arbeitspartei gekommen, so sagt "Das Blaue Band" vom 5. Nov.

Blutiger Seemannsstreik in einem englischen Hafen.

Im Hafen Fremantel ist unter der Besatzung des Schiffes "Vorda" eine Revolte ausgebrochen. Die Polizei mußte eingreifen, wobei es zu blutigen Kämpfen zwischen den Parteien kam. Etwa 100 Matrosen sind verwundet und getötet worden. Russische Blätter melden dazu, daß im Zusammenhang damit etwa 100 Matrosen, die der Anstiftung des Aufstandes angeklagt sind, verhaftet worden sind.

Grunes Begräbnis.

"Das Blaue Band" bringt die Nachricht, daß über den Tod Grunes, des russischen Kriegsministers, die verschiedensten Ansichten sind. Seine Beerdigung ist in feierlicher Form vor sich gegangen. Grune wurde neben Lenins Mausoleum am Roten Platz beigesetzt. Bei den Feierlichkeiten kreisten über dem Roten Platz 20 Flugzeuge, während die Glockenspiele des Kreml einen revolutionären Trauermarsch spielten. Stalin, Molotow und Sinowjev hielten vom Mausoleum Lenins aus Grabreden.

In kurzen Worten.

Die ungarische Nationalversammlung hat den Besluß zwecks Einführung einer neuen Währung einstimmig angenommen.

Bei einem Grabenunglück bei Manchester wurden 6 Personen verschüttet.

Der neue Ministerpräsident Persiens, Fahim Ol Molt, ist mit der Führung der Geschäfte des Ministerpräsidenten beauftragt worden.

Zum Oberkommissar von Shrien wurde der Senator de Jouvenel ausgesucht.

Wie aus Teheran gemeldet wird, hat die englische Regierung die neue Regierung in Persien offiziell anerkannt.

Bei den Parlamentswahlen in Washington haben die Regierungspartei 55, die Arbeiterpartei 18 und die Nationalistenpartei 12 Sitze erhalten.

Dankagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer innig geliebten Gattin und Mutter,

Frau Clara Rupprecht

geb. Gabriele

sagen wir hiermit unseren herzlichsten, tiefsten Dank.

Otto Rupprecht
und Kinder.
Kobylin.

Holland. Blumenzwiebeln!

Kollektion von 30 versch. Zwiebeln 10 zl.
Obstbäume in allen Formen.

Rosen, Stachel-, Johannisk., (Stamm und Busch),

Aprikosen, Pfirsich (Stamm und Busch).

Stauden, Dahlien, Gladiolen,
Sämereien in bester Qualität
empfiehlt

Gärtnerei Gartmann,
Poznań, Góra Wida 92.



Hannoverscher Kurier

Die führende Zeitung Nordwestdeutschlands.

76. Jahrgang.

Eigene Auslandsvertretungen
Grosser Wirtschaftsdienst

Das alte und bewährte Anzeigenblatt!

Probenummer kostenlos.



Das beste Waschpulver

macht die Wäsche schneeweiss

J. M. Wendisch S.A., Toruń.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für die Monate
November und Dezember 1925

Name

Wohnort

Postanstalt

Straße



Statt jeder besonderen Anzeige.

Gestern früh 9 Uhr verschied plötzlich infolge Herzschlages im Alter von 64 Jahren unser innig geliebter Vater, Schwieger- und Großvater, der

Bürgermeister a. D.

Albert Stein

In tiefer Trauer:

Helene Stein,
Elisabeth Wagner, geb. Stein,
Alfonso und Bernhard Stein,
Elisabeth Stein, geb. Haufe,
Friedrich Wagner und
3 Enkelkinder.

Kostyki Włocławek, Glatz, den 6. November 1925.

Die Überführung findet am Sonntag, dem 8. d. Mts. um 12 Uhr mittags vom Trauerhaus aus, die Trauerfeier und Beerdigung um 3 Uhr nachmittags statt.



Spezialgeschäft

für elektrische Installationen
von Juni 1880 ununterbrochen tätig.

Beleuchtung :: Telephone Signalanlagen :: Blitzableiter.

Leiter: F. Biskupski, Dipl.-Ing.

Poznań, sw. Marcin 62.

Telephon 3108. Telegramm-Adr.: „Elektrotechnik Poznań“.

Wir reparieren Ihre

Schreibmaschinen

Paginiermaschinen

Kontrollkassen sowie

Büro-Maschinen aller Art.

Drukarnia Concordia Sp. Akc.

Abteilung: Maschinen-Reparatur.

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.



Phoenix u. Durkopp

sind Perlen der Nahmasch-Technik, ebenso

Fahräder und Zeiträder

en gros, en détail, mit Montierung!

In Ersatzteilen Reparaturen

größtes Lager. zuverlässig u. schnell.

Maschinenhaus Wartu G. Pietsch, Poznań, Wielka 25.

Geschäftsgrundstück

in Glogau auf belebtesten Geschäftsstraße mit modern ausgebauten Schaufenster-Anlagen, passend für jedes Geschäft, ist bald billig zu verkaufen. Laden mit Parterre-Räumlichkeiten, sowie Wohnung wird frei. Auskunft erteilt

Flemminghaus-Glogau.

LASTAUTO, 4 bis 5 t. gebraucht, aber sehr gut erhalten, gegen Barzahlung zu kaufen gesucht.

F. Rosanowski, Adlermühle, Grudziądz.

7 fragende und nichtfragende Färsen

gibt billig ab

Gutsverwaltung Turowo, pow. Kościan.

Achtung! Achtung!
Gutsbesitzer und Landwirte!

Kaufe jeden Posten

Hasen, Rehe, Hirsche und Fasanen
zu den höchsten Tagespreisen.

Bei grös. Jagden persönliche Abnahme gegen sofort. Barzahlung.

J. Löwenstein i Katschke,

Leżno, ul. Komentusza 20.

Telephon 58 und 282.

Selbst. gewei. Tischler
empfiehlt sich zum Ausbessern
der Möbel und zum Möbel-
streichen, Reparaturen in und
außer dem Hause. Angeb. an
Janowski in Kościan
(Kosten). Sierakowice str. 10.

Wie schon vor dem

Weltkriege

erhalten Sie

schnell und gut

jeder Art

Fensteru.Türen

bei

L.D. Gutsche

Grodzisk-Poznań 363

(früher Grätz-Posen).

Fruchtsträucher

Pfirsich

Aprikosen

Alleebäume

Ziersträucher

Schlingpflanzen

Heckenpflanzen

Blütenstaude

Rosen

jeden Posten, sowie alle an-

deren Baumhäuserarten

lieiert preiswert und erfüllt

Gute Dienste

August Hoffmann

Baumhäuser, Gniezno

Telephon 212.

Posener Bachverein.

Montag, den 9. 11. nachm. 6 $\frac{1}{4}$ Uhr
in der Kreuzkirche:

Volkslieder
für gemischten Chor, Männerchor, Frauenchor
mit Hörnern und Harfe,
von Isaak, Eccard, Friederici, Hegar,
Bruch, Humperdinck, Brahms, Kretschmar,
Hausegger, H. Wolf, R. Wagner.
Eintrittskarten für 5, 3, 1 $\frac{1}{2}$ zl
i. d. Evangel. Vereinsbuchhandlung.

Von der Reise zurück

San.-Rat Dr. Emil Mutschler, Augenarzt.

Chirurg. der Augenstation des evgl. Diakonissenhauses.
Poznań, ul. Wesoła 4. Tel. 1396.

zwischen Theater und Theaterbrücke.

Besser, sparsam p. Übersch.

25 Jahre alt, wünscht

Einheirat
in n. Landwirtschaft. Damen,
denen an einer glücklichen
Ehe gelegen, bitte Ang. u. u. 1699 a. d. Gesch. d. Bl. z. r.

Dankagung!

Da mein Sohn jahrelang
schwer an Epilepsie, Fallsucht
und Krämpfe gelitten und
schon über 10 Jahre gefund
ist, so gebe aus Dankbarkeit
unentgeltliche Auskunft, wie
dieselbe behandelt wurde.

Ludwig Weiß,
Mülheim a. d. Ruhr,
Aulenstr. 1.

Benötige:

5,72 cbm Balkenholz,

6,56 cbm Mittelbalkenholz,

2. 23. 14,0

644 m Dachlatten,

13. 9. 9,9. v.

178 qm Schwartedeken,

2 Haustüren mit Bargenten,

2 Innen türen mit Bargenten,

120 qm Fußbodenbretter,

5. 50. 4,50,

4 Fenster 1. 10. 0,78,

2 Fenster 1. 10. 0,59,

4000 Zementsteine,

2000 Ziegelsteine,

3000 Dachsteine.

Angebote unter M. 1695

a. d. Geschäft. d. Bl. erb.

Wegen Zurruhelegung
verkaufe meine 12 km
von Danzig gelegene

Hofbesitzung,

Größe 129 pr. Mrq. u. zwar
84 Mrq. Ast. 33,5 Mrq. Wiesen,
bedient nur Weizenboden

I. Kl. in höchster Kultur, 12
Felderfruchfolge, großer Obst-
garten, 7 gute, geförderte Pferde,
2 Hohlen, 15 Stück gutes Rindv.
Pferde- und Rindv. Weide-Auf-
zucht, 13 edle Schafe, 5 Schafe

löst und neuer Anschaffung,
a. A. Elektro-Motor, Dreisch-
ach, elekt. Licht u. Kraft,
sehr guck, neuere, durchweg
hart gedeckte Gebäude,
beste Verkehrslage u. Ab-
fahrt in Nähe Großstadt, Frisch-
milchlieferung, von Weide ab-
geholt, Kleinbahnhof 9 Min.,
1 Stand. Autobusverl., Dampfer-
gelegen und in einem Plan-
Ostsee 5 km. Pr. 100000 G.-M.
Anzahlung 30000 G.-M.

G. Schölzel,
Wesslinken,

Post, Telegr.

Danziger Niederung.

Verkaufe oder verlasse

gegen Rückliches folgendes:

Photogr. Apparat 10×15 cm apid.

9×12 mm 4×6 cm enem.

elekt. Rundfunknuhr, Elek-
trifizier. Apparat mit Zubehör

Salon-Möbelwerk, Schatulle,
verstellbar, Bitterglöckle, Kalliope,

Sprechapparat, Schatulle usw.

Off. unter S